

## Grüne Schulpolitik: CDU will Klarstellung

Rheinland-Pfalz - Ein Interview und seine Folgen: Grünen-Fraktionschef Daniel Köbler hat sich gegenüber unserer Zeitung zu einer gemeinsamen Schule für alle rheinland-pfälzischen Schüler bekannt und damit eine kontroverse Bildungsdebatte ausgelöst. Die CDU verlangt eine Klarstellung.



Fordert klare Worte zur Schulpolitik: CDU-Generalsekretär Patrick Schnieder

DPA

CDU-Generalsekretär Patrick Schnieder forderte von Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) und Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), ihre Pläne offenzulegen. Der Christdemokrat fragt: „Frau Ahnen, Herr Beck – werden Sie das Gymnasium abschaffen und die Einheitsschule einführen?“

Schnieder weiter: „Immer wieder hatte die CDU öffentlich darauf hingewiesen, dass die Strukturpolitik des Mainzer Bildungsministeriums auf eine Einheitsschule ausgelegt ist.“

### Bettina Brück will Wogen glätten

Aus dem Regierungslager meldeten sich vorerst nur Partei- und Fraktionsmitglieder zu Wort. Die SPD-Bildungspolitikerin Bettina Brück versuchte, die Wogen zu glätten: „Der bildungspolitische Kurs der rot-grünen Landesregierung ist im Koalitionsvertrag festgelegt. Beide Seiten sehen dabei die Orientierung am Elternwillen als Maßstab an.“

Will heißen: Die gemeinsame Schule für alle Rheinland-Pfälzer wäre nur in dem Fall möglich, sollte die Mehrheit der Eltern diesen Weg tatsächlich gehen wollen.

### Ausdeutung des Begriffs

Der Grünen-Landesvorstandssprecher Uwe Diederichs-Seidel äußerte sich ebenfalls moderat und deutete aus, was unter dem grünen Begriff „eine Schule für alle“ zu verstehen ist: „Die Grundpfeiler für eine gute und gerechte Bildung sind: gute Qualität, gemeinsames Lernen und individuelle Förderung.“

Und weiter: „Alle Abschlüsse unter einem Dach zu erwerben, muss aber nicht an eine bestimmte Schulform gebunden sein.“ Also Vielfalt in der Einheit?

### Gewerkschaft gegen frühes Sortieren

Die Grünen wie auch die Lehrgewerkschaft GEW sind jedenfalls klar „gegen das frühe Sortieren in unterschiedliche Schularten“. GEW-Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer erklärt: „Die positive Entwicklung bei der Einrichtung von Gesamtschulen zeigt, dass (. . .) Eltern und Politiker verstanden haben, dass es richtig und wichtig ist, nicht schon nach vier Grundschuljahren entscheiden zu müssen, in welche Richtung der Schulweg gehen soll.“

Und die Bildungsgewerkschaft VBE will zwar auch „längeres gemeinsames Lernen“, aber in einem zweigliedrigen Schulsystem. Landesgeschäftsführer Hjalmar Brandt: „Auch so lassen sich soziale Herkunft und Bildungserfolg entkoppeln.“ Chancengleichheit gibt es für ihn auch jenseits der einen, gemeinsamen Schule.

Der Philologenverband im Land warnt indes scharf vor jedem Schritt in Richtung „Einheitsschule“: Rheinland-Pfalz spielt nach Ansicht des Landesvorsitzenden Malte Blümke im Bildungsvergleich nur deshalb in der oberen Gruppe mit, weil „es auf das gegliederte Schulwesen setzt“.